

Ist es (auch) Wahnsinn, so hat es doch Methode



Von MARTIN E. RENNER | „Wenn die Leute das gegenwärtige Bank- und Geldsystem verstünden, würde es vermutlich eine Revolution noch vor morgen früh geben“, wird Henry Ford gerne zitiert.

Nun ist dieser Ausspruch bereits einige Jahrzehnte alt und hat dennoch nichts in seiner Aktualität eingebüßt. Tatsächlich ist es heute noch viel schlimmer. Unter dem zunehmenden „Meinungs- und Haltungsterror“ der international-sozialistischen Kulturmarxisten gerät jedes Maß in unserer Gesellschaft und unserer Politik aus den Fugen. Diesen Ausspruch Fords kann man heute auf nahezu jedes beliebige politische Feld anwenden.

Mehltau linker Ideologien

Politik, Bildung, Forschung, Wissenschaft, Wirtschaft, Kirchen, Gewerkschaften, hunderte, vielleicht sogar tausende NGO's und Stiftungen und Institutionen der sogenannten „Zivilgesellschaft“ sorgen dafür, dass überall die demokratische Freiheit, vor allem aber die Meinungsfreiheit unter dem düsteren Mehltau linker Ideologen mit ihrer linken Ideologie erstickt zu werden droht.

Auch das Mehrheitsprinzip, das Fundament einer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung, wird beständig bedroht und negiert. Die Meinungsbildner spalten die Gemeinschaft und propagieren die Interessen einzelner – manchmal sehr marginaler Gruppen. Durch die Addition und Zusammenführung der Minderheitenpropaganda – Gendergagaisten, Transendiskutanten,

Veganerallmacht, etc., etc. – wird die schweigende und leidensmatte Mehrheit marginalisiert und die Minderheiten setzen sich in ihrer Bedeutsamkeit im öffentlichen Debattenraum dominant und ungehindert durch.

Zwar besteht die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit – man darf durchaus das Recht auf freie Rede in Anspruch nehmen. Ganz anders allerdings verhält es sich mit der Freiheit nach der Rede.

Die „demokratieorientierte Obrigkeit“ drückt die Augen zu

Befindet man sich erst im Visier der allgegenwärtig lauernenden Haltungs-, Gesinnungs- und Ideologiewächter, kann dies leicht zu massiven Widrigkeiten bis hin zum Verlust der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Existenz führen. So erklärt es sich, dass kaum eine Instanz groß Notiz davon nimmt, wenn mittlerweile Wirte und Gastgeber, die bereit sind der AfD Versammlungsräume zur Verfügung zu stellen, unter massiven Bedrohungen ihrer Existenz zu leiden haben.

Das alles unter den durchaus wohlwollenden Augen einer ach so „demokratieorientierten“ Obrigkeit. Die sich mittlerweile nicht einmal mehr die Mühe macht, das permanente Messen mit zweierlei Maß zu verbergen.

Es ist genau dieser Sachverhalt, der die Meinungsfreiheit, das Recht auf freie Rede, zunehmend zu einer Farce werden lässt. Und damit einen der wesentlichsten Grundpfeiler unserer Demokratie der Zerrüttung und damit dem Verderben anheimfallen lässt.

Kein Interview mit Oppositionspolitikern

Wenn der Chefredakteur einer großen Tageszeitung erneut bekräftigt, mit Vertretern der größten Oppositionspartei kein

Interview zuzulassen – und schon gar nicht in aktuell gewordenen Vorwahlzeiten – dann müsste dies in einer Demokratie sofort zu einem öffentlichen Aufschrei führen. Müsste. Eigentlich.

Wenn eine repräsentative Umfrage erneut zum Ergebnis hat, dass fast jeder zweite Bundesbürger sich durch die herrschende politische Korrektheit in seiner Meinungsfreiheit drastisch eingeschränkt sieht, sollte und müsste dies ebenfalls zu einem Aufschrei führen.

Wenn mittlerweile die angeblich unabhängige Presse mit 220 Millionen Euro Steuergeldern durch die Bundesregierung gepampert wird, sollte und müsste auch das zu einem Aufschrei führen. Mit oder ohne Corona-Krise.

Doch der Aufschrei bleibt aus. Jedenfalls öffentlich – denn für Öffentlichkeit braucht es Medien, welche die entsprechenden Tabubrüche transportieren, zum Thema machen und damit in den öffentlichen Diskurs einbringen. Sind also die 220 Million Euro genau dafür gedacht? Und – wer beißt schon die Hand, die einen füttert?

Demokratie ist nicht „Haltung“ und nicht „Gängelung“

So kommt es, dass demokratische Prinzipien, denen wir unsere bürgerlichen Freiheiten verdanken, zunehmend durch „Haltung“ und „Gängelung“ ersetzt werden. Hinter einer erkennbar bröckelnden demokratischen Fassade gelten „Freiheiten“ nur noch für die mainstream-konformen Bürger, also jene mit der „richtigen“ Haltung. Und genau diese „gegängelten Haltungsbürger“ nehmen in diesem Szenario gar nicht mehr das dringend gebotene „Freiheitliche“ in unserer Demokratie wahr, sondern ordnen sich „schmuck und schneie“ den allerseits gepriesenen Opportunitäten des ach so wohlmeinenden „Nannystaates“ unter.

So kann ein offensichtlich mindestens linksradikaler Georg Restle quasi permanent seine kruden – um einmal ein von den Linken präferiertes Wort zu gebrauchen – und seine demokratiefeindlichen Einschätzungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk verbreiten und seinen Pflichtzählern in die Ohren speien. So kann eine linksextremistische Antifa unbehelligt marodieren und gewalttätig gegen Andersdenkende agieren.

„Schutzgelder“ für Presse- und Verlagshäuser

So können quasi über Nacht „Schutzgelder“ in Höhe von 220 Millionen Euro durch den Deutschen Bundestag geprügelt werden. In der Tat, wenn „die Leute“ das nur verstehen würden: Der entsprechende Antrag der Koalitionsparteien an den Haushaltsausschuss datiert auf den 30. Juni – nächstens – dieses Jahres. Dort wurde er in der Sitzung am 01. Juli dieses Jahres – eingepackt in ein ganzes Konvolut unterschiedlichster Anträge – ohne jede Debatte mit der vorhandenen Mehrheit der Koalition durchgewunken – um am folgenden Tag im Deutschen Bundestag – eingebettet in ein ganzes Konvolut unterschiedlichster Haushaltsposten – verabschiedet zu werden.

Kurzum: 220 Millionen Euro gehen an die ehemals und eigentlich unabhängigen Verlags- und Pressehäuser, ohne dass irgendjemand auch nur 5 Minuten darüber debattiert hätte, darüber debattieren konnte.

Auf diese Weise wird unter der Ägide, also unter dem Schutz und Schirm der Merkel-Koalition, Politik gemacht – und es ist höchste Zeit, dass die Menschen sich dafür zu interessieren beginnen.

Wenn wir in unserem Land eine Wende herbeiführen wollen und können, so ist es unabdingbar, für eine eigene, mutige Gegenöffentlichkeit zu sorgen, beziehungsweise diese dort zu

unterstützen, wo sie zu wachsen beginnt. Auch hier in diesem PI-NEWS-Medium, das sei einmal positiv bewertet zum Ausdruck gebracht.

Aus den Kontrolleuren der politischen Macht wurden Herolde der politisch Mächtigen

Die immer noch den Ton und Takt angehenden bundesdeutschen Merkelmedien haben sich mehrheitlich freiwillig dem identitäts- und wohlstandszerstörenden Joch der antidemokratischen „Politischen Korrektheit“ unterworfen. Ihrem demokratischen Auftrag werden sie schon lange nicht mehr gerecht. Im Gegenteil, sie sind zu bloßen Handlangern und Bütteln der fast schon feudal herrschenden „Eliten“ mutiert, die genehme Informationen und Haltungen maximal aufbauschen. Und nicht genehme Informationen filtern, verzerren und mit plumper Häme kommentieren. Oder ganz ausblenden und totschweigen.

Ein Beispiel gefällig? Jessica Whitaker, eine junge Mutter wurde von Schwarzen ermordet, nur, weil sie „BlackLivesMatter“ in „AllLivesmatter“ öffentlich korrigierte. Sage und schreibe ein einziger kleiner Artikel erschien zu diesem Thema in der bundesrepublikanischen „Hauptstrom-Presse.“ Eine häufigere und detailreichere Berichterstattung hätte natürlich ein wenig die überall wirkende „Rassismus-Kampagne“ in ihrem Erfolg mindern können.

Opposition ohne Öffentlichkeit ist kaum und nur schwer zu leisten – und wir alle wissen, wie „sachlich, objektiv und neutral“ die Medien über unsere, die einzige Oppositionspartei seit Anbeginn an berichten. Wir alle wissen, wie beispielsweise über Donald Trump oder Victor Orban berichtet wird. Man muss Trump nicht mögen. Aber Freiheit beginnt dort, wo man sich anhand der Fakten, die gerne different ausfallen

dürfen, sein Bild, seine Meinung, sein Urteil selbst bilden kann. Folgt man der ausschließlichen Berichterstattung unserer Medien, ist das für den Bürger eine fast nicht leistbare Aufgabe. Auch hier bedarf es eines demokratischen Aufschreis.

Der „rote Star“ im Auge der Medien

So, wie der Verdurstende in der Wüste Wasser benötigt, so brauchen wir Medien, die dem Bürger wieder Brille für das Weltgeschehen und das gesellschaftliche Leben sind. Und zwar mit klaren Gläsern – nicht mit den tiefroten Ideologiefiltern der derzeitigen und unverfroren kulturmarxistisch agierenden Merkel-Medien.

Der heutige „rote Star“ im Auge der Mainstream-Medien verunmöglicht jede kritische Auseinandersetzung mit der neo-marxistischen (Der große Sprung, China; heute genannt: Die Transformation unserer Lebensweise, Davos) und kulturevolutionären Zerstörungswut dieser Regierungskoalition unter der Führung der Frau Bundeskanzler (früher FdJ-Sekretärin und Agitprop-Funktionärin), die im Geiste noch immer in den unfreiheitlichen und unbürgerlichen Kategorien der kommunistischen DDR verhaftet zu sein scheint.

(Martin E. Renner ist Bundestagsabgeordneter der AfD. Er war Anfang 2013 einer der 16 Gründer der Partei in Oberursel. Seine Kolumne auf PI-NEWS erscheint alle zwei Wochen)